

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Zölle und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Klingeishübel, Kleinhennersdorf, Rrippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Beilage 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 128

Bad Schandau, Freitag, den 3. Juni 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Aus Anlaß der Schubbundtagung fand am Donnerstagabend in Regensburg eine große Kundgebung für das gesamte Deutschstum und den Anschluß statt, bei der Vertreter der Grenz- und abgetrennten Gebiete ein Bekenntnis zum Deutschstum ablegten. Die eindrucksvolle Kundgebung schloß mit der begeisterten Abingung des Deutschlandliedes.

\* Nach einer Meldung aus Newyork beabsichtigt der Flieger Chamberlain, in den nächsten Tagen einen Ozeanflug mit Berlin als Ziel anzutreten.

\* Nach einer Meldung aus Kapstadt hat die gesetzgebende Versammlung das Gesetz über die Schaffung einer südafrikanischen Flagge angenommen.

\* Nach Meldungen aus Newyork wurden an der Küste von Newyork drei Erderstöße verspürt, die sich bis 60 Meilen in das Innere des Landes erstreckten. An vielen Orten stürzten die Schornsteine ein und im Hudson-Park gingen Felsmassen auf die darunter liegenden Gebäude nieder.

## Balkanpolitik u. Panturanismus

Von Dr. W. Brunner, Berlin.

Die Gerüchte über ein bevorstehendes türkisch-serbisches Bündnis wollen trotz oder vielleicht gerade wegen der vorsichtigen Wädherrufe nicht verstummen. Die politische Entwicklung auf dem Balkan scheint nach einer Lösung in diesem Sinne zu drängen, seitdem Jugoslawien durch Italien eingekreist ist und die Türken sich noch immer von diesem bedroht fühlen. Eine solche Lösung wäre aber rein gefühlsmäßig, und von den Serben vielleicht noch eher zu erwarten als von den Türken, die sich nicht erst jetzt als nüchterne politische Rechner erwiesen haben. So wäre ihnen ein Krieg zwischen Italien und Jugoslawien ohne ihre Bündnisverpflichtung nicht unwillkommen, da er der Türkei kein Geld und keinen Soldaten kosten, sie aber auf lange Zeit von dem italienischen Druck befreien würde. Ein Bündnis zwischen Belgrad und Moskau liegt aber im Interesse Russlands und entspricht dessen Balkanpolitik, die unter dem Deckmantel der panslawischen Bewegung auf diese Weise nach Konstantinopel strebt. Wenn die Türkei für diese Stadt heute auch weniger von den Russen als von den Griechen zu fürchten hat, so wäre es doch nachteilig für sie, sich zu offen im russischen Fahrwasser zu bewegen, das sich dauernd unter schärfster englischer Aufsicht befindet. Ein Bündnis mit dem nicht grenznachbarten Jugoslawien würde der Türkei daher als Unterstützung Russlands gegen England von den Mächten verübelt werden.

Zwischen den Russen und Türken bestehen feste Verträge, die erst im vergangenen Herbst in Odesa wieder bestätigt worden sind. Schon die alte Türkei wurde bekanntlich nur dadurch erhalten, daß es den türkischen Diplomaten immer gelang, die wegen der Aufteilung ihres Reiches zwischen den Großmächten bestehenden Gegensätze geschickt für die eigenen Zwecke auszubenten. Heute arbeitet Angora noch mit demselben Mittel. Nüchtern wägend wird es das politische Steuer nach der Seite werfen, wo es das Staatschiff am sichersten aufgehoben glaubt. Die türkische Rührigkeit in der Balkanfrage dürfte daher vornehmlich als gewichtige Mahnung zu werten sein, in dem Konzert der Balkanmächte die noch immer zu diesen zählende Türkei nicht zu übersehen.

Ähnlich demonstrativ war auch die Schwankung der Türkei nach Moskau, als das Osmanische Reich durch die Entente aufgeteilt wurde und Kemal Pascha in seinem Freiheitskampf gegen diese Rückenbedrohung suchte. Als aber 1925 Engländer und Türken wegen Mosul Gewehr bei Fuß sich gegenüberstanden, die von diesen in Moskau erbetene Hilfe jedoch ausblieb und Mosul daher preisgegeben werden mußte, sah sich Angora enttäuscht. England versuchte alsbald die der Türkei geschlagene Wunde zu heilen und in Vergessenheit zu bringen. Aus guten Gründen! Eine englandfreundliche Türkei wäre ohne Zweifel ein gewichtiger Faktor in der britischen Außenpolitik, die sich überall von russischen Mächenschaften gefährdet sieht. Denn daß Moskau bei der nationalistischen Bewegung, die vor allem stark in Asien aufgeflammt ist, die Hand im Spiele hat, kann nicht mehr geleugnet werden. Man darf sogar von einem verschleierten Kriege zwischen Großbritannien und der Räterepublik sprechen, der auf fremden Plänen geführt wird. Durch Einbeziehung der Türken würde der Völkerkrieg gegen die Russen beträchtlich gestärkt werden. Es käme nur auf den dafür zu zahlenden Preis an. England hat beratliche politische Geschäfte wiederholt verwirklicht. Auch in den russisch-türkischen Beziehungen sieht es für sich in dem großtürkischen Gedanken, dem Panturanismus, eine Verdienstmöglichkeit.

Der panturanische Gedanke bezweckt, die Urheimat der Türken, Turan, d. h. die von Turkvölkern bewohnten Gebiete östlich des Kaspiischen Meeres und Turkestan, aber auch Transkaukasien unter türkische Herrschaft zu bringen. Der glühendste Anhänger dieses Gedankens, der während des Weltkrieges greifbare Gestalt angenommen hatte, war Enver Pascha gewesen; er hat ihm sein Leben geopfert. Heute bilden diese Gebiete wieder feste Bestandteile der Sowjetrepublik mit eigenen Staatsnamen und Scheinautonomie. Es sind der Transkaukasische Rätebund, der Russisch-Armenien, Russisch-Arbeitsland und Georgien umfasst; 23 Prozent der Bevölkerung sind Türken. Ferner Usbekien, die früheren Emirate Chiva und Buchara, und Turkmenien. Abgesehen vom Transkaukasischen Rätebund sind diese Länder Hochburgen des Islams. Aus ihnen führte um das Jahr 1000 Toghru'l Beg seine Selbstherrschaft nach Kleinasien, von dort aus eroberte Timur Lenk (Tamerlan) fast ganz Asien. In seiner Residenz Samarkand liegt er auch begraben. Die türkische Volksdichtung hat die Erinnerung

an die turanische Heimat überliefert, und noch heute glimmt in vielen türkischen Herzen die Hoffnung, einst die alte mit der neuen anatolischen Heimat gemeinsam beherrschen zu können. Etwa 30 bis 35 Millionen Menschen gleichen Stammes, gleicher Religion und verwandter Sprachen würden dann mit mehr als 15 Millionen Anatoliern ein Ganzes bilden.

Noch keine politische Idee ist phantastisch genug gewesen, um ihr keine Anhänger zuzuführen. Für den Panturanismus sprechen sogar noch gewichtige Gründe. Trotzdem bleibt er vorerst noch ein lähmes Wunschbild, denn die heutige Türkei hat andere Aufgaben, als an dessen Verwirklichung zu gehen. Er ist aber tief im Herzen des türkischen Volkes eingegraben und könnte mit englischem Vorspann verwirklicht werden. Voraussetzung wäre dafür, daß die Türken auf dem Balkan jetzt keine englandfeindliche Politik treiben.

## Schubbundtagung in Regensburg.

Regensburg, 2. Juni. Von besonderer Bedeutung waren im Laufe der heutigen Verhandlungen der Schubbundtagung die Referate zur Anschlußfrage.

In seinem Vortrag über „Praktische Anschlußarbeiten“ wies Unterstaatssekretär a. D. Ender s u. a. darauf hin, daß die von den Gegnern ausgesprochene irreführende Behauptung, daß Oesterreich durch die Friedensverträge oder durch die Genfer Protokolle gezwungen sei, auf die Anschlußverhandlungen zu verzichten, unrichtig sei. Der Anschluß sei nur an die allerdings schwer erfüllbare Bedingung der Zustimmung des Völkerbundes geknüpft. Schon vor dem Kriege habe es Anlässe für den Anschluß gegeben. Seit einiger Zeit sei das Bestreben, gesamtdeutsche Vereinigungen zu schaffen, ganz allgemein hervorgetreten. Der Redner führte dann Beispiele des großen Fortschrittes des Anschlußgedankens an und kam nach einem Ueberblick über die langsam fortschreitende Besserung der Stellung der ausländischen Presse und Politik gegenüber dem Anschlußgedanken zu dem Schluß, daß jeder Deutsche an den Arbeiten zur Vorbereitung des Anschlusses teilnehmen müsse.

Hierauf referierte Exzellenz von Riedel über „Die wirtschaftspolitischen Annäherungsmöglichkeiten der beiden Staaten“. Einleitend gab er einen Ueberblick über die Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses Oesterreichs an Deutschland habe vielfach in den Verhandlungen der Kommissionen gewetterleuchtet. Mit besonderem Nachdruck betonte der Redner, daß im Gegensatz zu den übrigen außenpolitischen Fragen das Deutsche Reich die Frage des wirtschaftlichen und noch mehr des politischen Anschlusses zu einem Zeitpunkt zur Diskussion stellen werde, der nicht den freien Entschlüssen der deutschen Außenpolitik unterliege. Der Redner forderte deshalb, daß keinerlei Zeit mit der Vorbereitung aller möglichen Teillösungen verloren gehen dürfe, um im entscheidenden Augenblick vorbereitet zu sein. Wichtig sei die Einführung gleichlautender Gesetze; gemeinsame und gleichlautende Zolltarife müßten entworfen werden.

Reichsminister a. D. Emminger sprach über den Stand der Rechtsangleichung. Nach langen Bemühungen sei der gemeinsame Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch zustande gekommen, der jetzt den Parlamenten vorliege als nachvollziehbare Dokumentierung des Zusammenstimmens. Der Redner drückte die Hoffnung aus, daß sich die Parlamente bei der Behandlung des Gesetzeswurfes ihrer großen Aufgabe bewußt sein werden. Das Sozialversicherungsabkommen habe die Gegenseitigkeit der Sozialversicherung in weitem Umfange hergestellt. Aber noch vieles bleibe zu tun übrig. Sehr schwierig sei die Angleichung auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes. Für die wirtschaftlich dringende, aber politisch schwierige Lage einer Zollunion müsse erst die richtige Formel gefunden werden. Der Redner schloß mit zwei Feststellungen: 1. Solange der staatspolitische Zusammenstimm nicht möglich sei, sei die Rechtsangleichung ein wichtiges Mittel, um den Anschlußgedanken zu fördern. Das Gelingen dieser Rechtsangleichung hinge nicht von äußeren Momenten und Hindernissen, sondern von dem zähen und festen Willen der beteiligten Faktoren ab.

## Die Pläne der Sowjetunion.

Riga, 2. Juni. Aus Moskau wird gemeldet, daß das politische Büro in verschiedenen Beschlüssen über die gegenwärtige politische Lage zum Ausdruck gebracht habe, daß kein weiterer Schritt gegen England unternommen werden solle. Man erwartet von Großbritannien vorderhand völlige Genugtuung. Ferner sollen Maßnahmen zum Abschluß von Handelsverträgen mit Frankreich und Japan ergriffen und die Anerkennung durch Amerika und die Balkanstaaten erstrebt werden. Die Regierung will versuchen, Kredite in Europa und Amerika zu erhalten.

## Keine Erschwerung

des englisch-russischen Handels durch England.

London, 2. Juni. Der britische Innenminister gab heute nachmittags im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er die Bedingungen, unter denen die russischen Staatsangehörigen künftig in England Handelsgeschäfte betreiben dürfen, darlegte. Er betonte dabei, daß die Regierung nicht die Absicht habe,

den Handel zwischen Rußland und England zu erschweren. Die Russen, die tatsächlich nach England kämen, um Handel zu treiben, würden genau so behandelt wie die Angehörigen anderer Staaten. Die einzige Ausnahme besteuere darin, daß künftig keine britische Konsularbeamten in Rußland amtiert werden. Die Einreiseerlaubnis nach England sei an eine Verpflichtung des Passinhabers gebunden, sich jeder ungeseligen Aktivität oder Propaganda zu enthalten. Der arbeiterparlamentarische Abgeordnete Clynnes erwiderte, daß diese Erklärung in der Geschäftswelt allgemeine Befriedigung hervorrufen werde.

## Wegen angeblichen Landesverrats verhaftet.

Katowik, 2. Juni. Nach einer Hausdurchsuchung bei der angeblich belastendes Material vorgefunden wurde, ist am Mittwoch der Pastor der evangelischen Gemeinde in Karlowik, Deutschmann, von der polnischen Polizei wegen Landesverrats verhaftet worden. Als Belastungsmaterial wurde u. a. ein Briefwechsel mit dem früheren Kaiser, Ehrenzeichen des Jungdeutschland-Bundes sowie Quittungen über größere Geldüberweisungen nach Deutschland angelesen.

## Truppenverstärkungen für China.

Beforgnisse der Peking Diplomat.

In diplomatischen Kreisen Peking ist man wegen der Niederlage der Nordtruppen um die Sicherheit der Stadt außerordentlich besorgt. Dieser Besorgnis hat auch der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, in einer Unterredung mit Briand Ausdruck gegeben. In englischen Regierungskreisen scheint die Absicht zu bestehen, an die Großmächte heranzutreten, um neue Truppen nach China zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Staatsangehörigen zu entsenden. England hat bereits das zweite britische Flugzeuggeschwader, bestehend aus 18 Flugzeugen mit 30 Offizieren und 200 Mannschaften, nach Schanghai geschickt, während Amerika etwa 2000 Marinesoldaten nach Tientsin kommandiert hat.

Nach einer Meldung der Havasagentur aus Peking soll der Rückzug der Nordtruppen jetzt in voller Ordnung vor sich gehen. Es ist möglich, daß infolge des Rückzuges der Mukdenarmee ein gewisser Stillstand in den Operationen eintreten wird, da die Südtruppen ein Gebiet zu besetzen hätten, das etwa halb so groß ist wie Frankreich. Die Südbarmee ist über den unerwarteten Rückmarsch ihres Gegners überrascht und wagt nicht, ihm auf dem Fuß zu folgen.

## Noch keine Erleichterungen in der Pfalz.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten.

Im Bayerischen Landtag erklärte bei der allgemeinen Aussprache zum Haushalt des Außenministeriums Ministerpräsident Dr. Held, daß der Pfalz leider noch immer nicht die Freiheit wiedergegeben sei, die sie für ihre wirtschaftliche und staatspolitische Entwicklung brauche. Man sei nach dem Vertrage von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund der festen Überzeugung gewesen, daß wenigstens eine fühlbare Erleichterung der Befestigung für die Pfalz und das Rheinland eintreten werde; aber bis heute seien die praktischen Konsequenzen aus dem Locarno-Vertrage noch nicht gezogen worden.

Der Ministerpräsident wies dann darauf hin, daß die Verhältnisse in der Pfalz in den letzten Zeiten eine Entwicklung genommen hätten, die befürchten lasse, daß wieder Dinge eintreten, wie sie in den letzten Jahren zu beklagen gewesen seien. Die gegenwärtigen Zustände seien unerträglich und sie könnten nur beseitigt werden durch die Zurückziehung oder mindestens doch starke Verminderung der Befestigung. Auch die Wirtschaft in der Pfalz leide nach wie vor unter den Besatzungsverhältnissen, aber die Pfälzer Bevölkerung könne überzeugt sein, daß Bayern alles tun werde, was zur Beseitigung ihrer Not getan werden könne.

Der Minister kam sodann auf die Auseinandersetzung über finanzwirtschaftliche Fragen zu sprechen und betonte in diesem Zusammenhang, daß es sich hierbei um das entscheidende Problem handle, ob Deutschland in Zukunft ein Einheitsstaat werden oder ein Bundesstaat bleiben soll.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 2. Juni. Das Reichskabinetts besaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit verschiedenen Angelegenheiten. U. a. fand eine erste Besprechung über den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes statt. Im Anschluß an die Kabinettsitzung nahmen die anwesenden Reichsminister einen mündlichen Bericht der deutschen Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz entgegen.